

Schriften zur Theorie und Praxis der Mediation

Band 2

Herausgegeben von Gernot Barth und Bernhard Böhm



Monika Götz
Christa D. Schäfer (Hrsg.)

Mediation im Gemeinwesen



Schriften zur Theorie und Praxis der Mediation
Herausgegeben von Gernot Barth und Bernhard Böhm

Band 2

Monika Götz / Christa D. Schäfer (Hrsg.)

Mediation im Gemeinwesen

Nachbarschaftsmediation · Stadtteilmediation
Gemeinwesenmediation



Schneider Verlag Hohengehren GmbH

4.7 Fallbeispiel einer Gemeinwesenmediation

- Konflikte um den öffentlichen Raum: eine Großgruppenmediation aus ethnologischer Perspektive¹⁰⁵ -

Im nächsten Beitrag beschreibt Franziska Becker ein Beispiel einer Gemeinwesenmediation, wie sie in einem Stadtteil von Berlin durchgeführt wurde. Es handelt sich dabei um einen Konfliktfall, in dem es um die unterschiedlichen Ansichten von AnwohnerInnen bezüglich eines öffentlichen Platzes (Grünflächenanlage) und dessen Nutzung geht.

Der Streitfall ist nicht etwa typisch für Berlin, sondern könnte so in jeder größeren Stadt in Deutschland vorkommen, und tut es wahrscheinlich auch.

Die Autorin betrachtet die beschriebene Vorgehensweise des Mediatorenteams aus ethnologischer Perspektive. Sie macht auch deutlich, wie zeit- und personalaufwendig sich das Konfliktmanagement eines solchen Großgruppenkonflikts gestaltet und beschreibt dessen Komplexität.

Ob ein derart großer Fall im Rahmen eines Stadtteilmediationsprojektes geklärt werden kann, muss jedes Projekt selbst entscheiden. Zudem ist und bleibt fraglich, ob die Leistungen innerhalb eines solchen Falles ehrenamtlich erbracht werden können und sollten.

Einerseits bringt ein großer Fall ein ehrenamtlich arbeitendes Mediatorenteam an die Grenze seiner Belastbarkeit, andererseits ist die Klärung des Konflikts wichtig und birgt die Chance einer öffentlichkeitswirksamen Bearbeitung. Zur Verbesserung der Streitkultur und zum konstruktiven Umgang miteinander trägt der Fall im Stadtteil ganz intensiv bei.

- Franziska Becker -

Mit der treffenden Schlagzeile über Berlin als „Hauptstadt der zwei Entwicklungen“ kommentierte die Zeitung *Der Tagesspiegel* am 11. November 2007 jene Folgen städtischer Auf- und Abwertungsprozesse, die kurz darauf auch in einem wissenschaftlichen Gutachten für die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung („Sozialatlas“) beschrieben wurden: in Berlin

¹⁰⁵ Dieser Beitrag ist die gekürzte Version eines Vortrags zum Thema „Konflikte in der Stadt: Mediation und Konfliktmanagement im öffentlichen Raum aus ethnologischer Perspektive“, den ich im Juni 2008 am Institut für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Philipps-Universität Marburg gehalten habe.

öffnet sich die Schere zwischen den wohlhabenden Stadtteilen mit positiver Dynamik und den stagnierenden Quartieren mit großen sozialen Problemen immer weiter. Auf der einen Seite hat sich hier eine repräsentative Mitte mit Dienstleistungszentren und luxuriösen Zonen des Konsums und der Freizeitindustrie sowie das Regierungsviertel als eine ‚Bühne der Macht‘¹⁰⁶ herausgebildet; auf der anderen Seite entstehen in Berlin zunehmend Stadträume, in denen sich sozial und ökonomisch ausgegrenzte Bewohnergruppen konzentrieren. Offiziell als „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ bezeichnet, werden sie im öffentlichen Diskurs in der Regel mit Einkommensarmut, Migration, Segregation, Kriminalität, und ‚Verwahrlosung‘ assoziiert.¹⁰⁷

Die Abwertung von Stadträumen ist aber nicht nur ein Prozess, der sich in Arbeitslosenzahlen und anderen sozialstatistischen Daten widerspiegelt. In symbolischer Weise werden Stadträume auch *diskursiv* durch dramatisierende Bilder und negative Medienberichte über ‚soziale Brennpunkte‘, ‚Ghettos‘ und ‚Armutsquartiere‘ marginalisiert.¹⁰⁸ Mediale Repräsentationen erzeugen dabei Bilder vom sozialräumlichen Wandel, die die öffentliche Wahrnehmung dieser Stadträume entscheidend beeinflussen. Und schließlich wird diese mediale Kartierung der städtischen Polarisierung und die Gleichsetzung von Arbeitslosigkeit mit ‚Assozialität‘ auch im stadtpolitischen Diskurs aufgegriffen, wodurch die Stigmatisierung der so genannten ‚Problemquartiere‘ weiter vorangetrieben wird. In diesem Diskurs werden Angehörige der Mittelschichten als ‚verantwortliche Bürger‘ dargestellt, die sich gegen die Abwertung ihres Quartiers engagieren, während Arbeitslose und Migranten häufig als diejenigen gelten, die für die ‚Verwahrlosung‘ von Stadtraum verantwortlich sind.¹⁰⁹

In einem Berliner Stadtteil, von dem in diesem Beitrag die Rede sein soll und der offiziell zu den ‚benachteiligten Quartieren‘ gerechnet wird, spitzte sich im Laufe des Jahres 2007 ein solcher Konflikt zwischen verschiedenen Bewohnergruppen dramatisch zu, so dass er ausbrach, als sich eine dauerhaft präsente Trinkerszene auf einem der größten öffentlichen Plätze des Stadtteils herausgebildet hatte.¹¹⁰ Unter der Überschrift „Wir wollen auch weiter hier wohnen und arbeiten“ machten rund 300 Anwohner in einer

¹⁰⁶ Vgl. Becker / Binder 2001.

¹⁰⁷ Als Merkmale für ‚benachteiligte Quartiere‘ gelten u. a. eine hohe Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, der Wegzug besser verdienender Familien und die Auflösung gewerblicher Infrastruktur. Stadtsoziologen sprechen im Zusammenhang dieser urbanen Transformationsprozesse von der Herausbildung einer neuen „urbanen Unterschicht“; vgl. Häußermann 1997.

¹⁰⁸ Vgl. Binder 2002, S. 11.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Aus Gründen der Anonymisierung habe ich den Stadtteil nicht näher benannt. Auch die hier abgedruckten Zitate sind anonymisiert, um die Identifizierung des Quartiers und seiner Bewohner unmöglich zu machen.

Unterschriftenaktion an Polizei, städtische Behördenleiter und den Bezirksbürgermeister ihrem Ärger Luft. Sie beklagten den allgemeinen Verfall des Kiezes und verwiesen dabei auf ‚Lärmbelästigung‘, ‚Gestank‘, ‚Verschmutzung‘, ‚Vandalismus‘ und Vorfälle, in denen Passantinnen belästigt worden waren. Diese Vorwürfe galten zum größten Teil den sich regelmäßig auf dem Platz aufhaltenden männlichen Trinkern.¹¹¹ In der anschließend abgehaltenen Bürgerversammlung eskalierte der Konflikt in einer Weise, dass er weder von der Quartiersmanagerin noch vom Bürgermeister oder den Polizeivertreter dauerhaft deeskaliert werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt kam die Stadtteilmediation ins Spiel.¹¹²

Am Beispiel dieses Konflikts werde ich im Folgenden Gemeinwesenmediation als ein spezifisches Verfahren der Konfliktvermittlung im öffentlichen Raum vorstellen. Vorab soll zunächst festgehalten werden, dass die Pluralität von Lebenswelten und Lebensstilen, die für urbane Räume kennzeichnend ist, ein vielfältiges Konfliktpotential birgt. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Konflikte, die weder institutionell definiert sind noch mit Hilfe formalrechtlicher Regelungsinstanzen gelöst werden können. Die Gemeinwesen- oder Stadtteilmediation setzt also im Zwischenraum von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘, ‚Individuum‘ und ‚Gemeinschaft‘, ‚privatem‘ und ‚öffentlichem‘ Bereich an.

Der folgende Beitrag ist in vier Schritte gegliedert: Zuerst beschreibe ich den Konflikt um ‚die Trinker‘ und die Dynamik dieses Konflikts. Dann erfolgt eine Konfliktanalyse, in der vor allem der gesellschaftliche Kontext berücksichtigt wird. Im dritten Schritt zeige ich auf, wie wir als StadtteilmediatorInnen in diesem Großgruppenkonflikt konkret vorgegangen sind und thematisiere dabei auch, welche Aufgaben die Gemeinwesen- bzw. Stadtteilmediation in Quartieren wie dem hier beschriebenen hat. Abschließend behandle ich einige zentrale Schnittstellen zwischen Mediation und jenem Fach, in dem ich bis zu meiner Ausbildung als Mediatorin wissenschaftlich-universitär gearbeitet habe, nämlich Ethnologie/Kulturwissenschaft.

¹¹¹ Die Begriffe ‚Trinker‘ und ‚Trinkerszene‘ verwende ich deskriptiv und bezeichne damit jene Männer (und einige Frauen), die sich regelmäßig auf dem Platz treffen, um gemeinsam Alkohol zu trinken.

¹¹² Mitarbeiter der Stadtteilmediation, die seit mehreren Jahren in diesem Berliner Quartier verankert ist, waren zur ersten Bürgerversammlung, die das Quartiersmanagement organisiert hatte, eingeladen worden. Die Stadtteilmediation besteht aus einer Gruppe von MediatorInnen unterschiedlicher Berufszugehörigkeit, die teils Schulungen in Gemeinwesen- und Nachbarschaftsmediation, teils professionelle Ausbildungen in allen Sparten der Mediation absolviert haben. Im Rahmen der Stadtteilmediation arbeiten sie ehrenamtlich; das Angebot ist für alle Bewohner des Kiezes kostenfrei; Konfliktfälle reichen von Lärmbelästigungen und Streitigkeiten in der Nachbarschaft über Konflikte in Familien- und Paarbeziehungen bis hin zu Konflikten in Vereinen oder am Arbeitsplatz.

Der Konflikt

Als ‚Kiez‘ bezeichnet man in Berlin und Norddeutschland kleine überschaubare Stadtgebiete, die durch ein soziales Bezugssystem und eine spezifische lokale Identität charakterisiert sind und die über eine relativ abgeschlossene Infrastruktur und Altbausubstanz mit Läden und Kneipen verfügen. Das Stadtquartier, in dem der hier beschriebene Konflikt entstand, ist ein solch typischer Berliner Kiez mit rund 14.000 Bewohnern, der laut offiziellem Webauftritt des Quartiersmanagements „den Charme eines traditionellen Arbeiterbezirks mit der interkulturellen Vielfalt seiner Bewohnerinnen und Bewohner“ verbindet.

Wie bereits kurz erwähnt, hatte sich auf dem größten Platz dieses Kiezes in den Jahren 2006 bis 2007 eine wachsende Trinkerszene herausgebildet. Als der Konflikt ausbrach und wir als Mediatoren hinzugerufen worden waren, setzte sich diese Trinkerszene aus rund 30 Leuten zusammen, von denen die meisten Männer waren; aber es gab auch Frauen, die teilweise in Begleitung von Kleinkindern waren. Während des Tages verteilte sich die Trinkerszene in kleineren und größeren Gruppen auf Bänken, vor den Häusern und in den Grünanlagen des Platzes, was auf Kritik von Seiten vieler Anwohner stieß. Und so beschwerten sich rund 300 Anwohner, die sich später in einer Bürgerinitiative zusammenschlossen, in einer Unterschriftenaktion über Lärmbelästigung, Verschmutzung durch Müll und Bierflaschen, Geruchsbelästigung durch Urinieren, Vandalismus sowie obszöne Belästigungen von Passantinnen. In ihrer Kritik an der Situation auf dem Platz verwiesen die Anwohner auch auf die Brisanz des Trinkerproblems vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es rund um den Platz mehrere Kindertagesstätten gibt.

Auf der ersten öffentlichen Bürgerversammlung zu diesem Thema¹¹³ äußerten vor allem weibliche Anwohner Ängste vor den männlichen Alkoholtrinkern auf dem Platz; konkrete negative Erfahrungen wurden jedoch nicht genannt. Auf die Frage der Quartiersmanagerin, seit wann sich das Problem verschärft habe und ob die Trinker den AnwohnerInnen bekannt seien, waren sich die Anwesenden einig: Richtig schlimm sei es erst geworden, nachdem „die Osteuropäer“ zur Trinkerszene gestoßen seien. Kennen würde man allerdings niemand in dieser Szene, und gesprochen habe man mit den Trinkern auch nicht. Außerdem war von einem „osteuropäischen Sprachengewirr“ die Rede. Und so verlief die einzige Differenzierung der Trinker entlang ethnisch-alkoholischer Kategorien, wörtlich zwischen einem „Wodka trinkenden slawischen Problemkreis“ und einem „Bier trinkenden

¹¹³ Die erste Bürgerversammlung fand im September 2007 statt. Danach folgten weitere Bürgertreffen, auf denen die StadtteilmediatorInnen regelmäßig über ihre Tätigkeit in diesem Konfliktfall berichteten; z. B. wurden hier die Ergebnisse der Gespräche mit ‚den Trinkern‘, aber auch mit anderen Anwohnergruppen sowie mit Gewerbetreibenden und Hausverwaltungen im Sinne der „Pendelmediation“ zurückvermittelt.

deutschen Alkoholikerkreis“. Im Laufe der Diskussion in dieser Bürgerversammlung wurde ein ganzes Panoptikum von Verfallserscheinungen und Verdrängungsprozessen am Problem der Trinkerszene festgemacht: zunehmender Wohnraumleerstand, Kundenrückgang bei den Gewerbetreibenden, die Abwanderung junger Familien, Entfaltungseinschränkungen der im Kiez lebenden Kinder und Jugendlichen und die Vertreibung älterer Anwohner, die die Parkanlagen des Platzes aufgrund der Präsenz der Trinkerszene nicht mehr zur Erholung nutzen wollten.

Mit Blick auf die Behörden forderten Anwohner: „Es gibt nur eine Möglichkeit. Die Leute müssen weg, bevor noch mehr Bewohner den Kiez verlassen“. Von den betroffenen Trinkern war nur einer auf der Bürgerversammlung anwesend, weil wohl keiner der anderen eingeladen worden war. Als die Quartiersmanagerin einwarf, dass „auch diese Personen ein Recht haben, den Platz zu benutzen“ und den Vorschlag machte, ein Toilettenhäuschen auf dem Platz aufzustellen, brach ein Sturm der Entrüstung los. Einige Anwohner, die bereits argwöhnisch angemerkt hatten, dass sich sogar die Polizei „freundlich mit den Säufern unterhalten hat“, empörten sich nun lautstark: „Das sind *keine* Anwohner und die haben mehr Rechte als wir?!“

Stimmen von Anwohnern, die zu beschwichtigen versuchten oder anmahnten, den sozialen Kontext des Trinkerproblems zu berücksichtigen und Lösungen mit den Betroffenen selbst zu verhandeln, gingen während dieser Bürgerversammlung in einer Welle allgemeiner Empörung unter. Auch die Behördenvertreter wirkten hilflos; der Bezirksbürgermeister sprach nebulös von einem „langen Prozess“ und forderte die Anwohner plakativ auf, den Platz zurück zu erobern. Und die örtlichen Polizeibeamten erläuterten, dass sie Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit aufgrund des liberalen Berliner Straßengesetzes nicht ahnden könnten; nur bei einer Anzeige wegen Ruhestörung könne die Polizei aktiv werden.

Zur Deeskalation trugen diese Ausführungen allerdings nicht bei – im Gegenteil: Die Anwohner fühlten sich im Stich gelassen, nicht ernst genommen und in ihrem bürgerschaftlichen Engagement für ‚ihren Kiez‘ nicht gewürdigt. Den Behörden und dem Quartiersmanagement wurde vorgeworfen, das Problem zu verharmlosen, ja die Interessen der „sozial Schwachen“ und Arbeitslosen über die der „arbeitenden Bürger“ zu stellen. Durch die Bürgerversammlung verfestigte sich bei den Anwohnern also der Eindruck, dass sich der Staat und seine lokalen Institutionen aus ihrem ‚Problemquartier‘ zurückgezogen hat.

Nach diesem für alle Beteiligten unbefriedigenden Ausgang der Bürgerversammlung schwelte der Konflikt weiter und spitzte sich, wenige Wochen

später, durch einem negativen Fernsehbeitrag über den Kiez sogar noch zu.¹¹⁴ Insgesamt hatte sich der Konflikt nun erheblich ausgeweitet: erst betraf er nur das Verhältnis zwischen den Anwohnern und der Trinkerszene und die Frage um die Nutzung des Platzes, dann das Verhältnis zwischen Anwohnern und städtischen Behörden und die Frage um die Verantwortung des Staates im öffentlichen Raum, und schließlich betraf der Konflikt verschiedene Anwohnergruppen und das Problem, was eine angemessene überregional wirksame Mediendarstellung des Kiezes ist.

Die Konfliktanalyse

In dem eben dargestellten Beispiel geht es um Nutzungskonflikte um öffentliche Räume wie sie auch in anderen Großstädten zu beobachten sind und die oft mit Trinkerszenen zu tun haben. Solche Trinkerszenen werden - verdrängt von Bürgerinitiativen und/oder der Polizei - immer wieder von Quartier zu Quartier, von Platz zu Platz hin- und hergeschoben.

Insofern steht der hier beschriebene Konflikt exemplarisch für eine generellere Problemlage, in der Trinkergruppen oftmals als ein Symptom gelten, an dem Stadtbewohner der Mittelschichten den Niedergang ihres nahweltlichen Lebensraumes festmachen. Es ist die sichtbare Präsenz dieser Gruppen im öffentlichen Raum, die dazu führt, dass die Anwohner aktiv werden. In unserem Fall delegierten sie das Problem an staatliche Institutionen bzw. die Polizei, die dafür sorgen sollte, dass die Trinker vom Platz verschwinden. Die Frage, ob diese Trinker aus dem eigenen Kiez stammen, also selbst Anwohner sind, die man ohnehin nicht vertreiben kann, wurde erst gar nicht gestellt.

Der hier zum Ausdruck kommende Ruf nach einem starken, schützenden und kontrollierenden Staat ist nichts Neues. In einigen Städten haben sich nachbarschaftliche Zusammenschlüsse gebildet, in denen Bürger versuchen, sich vor Kriminalität und Vandalismus zu schützen, aber auch um einzufordern, dass der Staat wieder mehr Verantwortung für den Schutz seiner Bürger übernimmt.

Hier und anderswo ist es oft kein Zufall, wenn die Diskussion um die Rolle des Staates und seine Aufgaben in Bereichen von Sicherheit, Sauberkeit und öffentlicher Ordnung gerade in städtischen Problemquartieren aufbricht. Auf Bürgerversammlungen kommt es dann zu kontroversen Diskussionen.

¹¹⁴ In diesem Fernsehbeitrag war der Kiez als ‚typischer sozialer Brennpunkt‘ im eingangs beschriebenen Sinn dargestellt worden. Anwohner, die zugleich Mitglieder der Bürgerinitiative waren, hatten sich darin geäußert, um medienwirksam auf den drohenden Verfall des Kiezes aufmerksam zu machen. Andere Anwohner dagegen werteten dies als neuerliche Stigmatisierung des Kiezes und protestierten u. a. in Leserbriefen gegen den skandalisierenden Fernsehbeitrag. Daraufhin korrigierte der Fernsehsender das negative Bild in einem zweiten Beitrag über den Kiez wenige Wochen später.

Wie unter einem Brennglas spitzen sich dabei Debatten zu, die in homogenen ‚gutbürgerlichen‘ Stadtteilen kein Thema sind: Debatten darum, ‚was die Gesellschaft zusammenhält‘ und zugleich Debatten um den Wertekanon der bürgerlichen Mittelschichten, den der Staat durchsetzen soll, damit die Mittelschichten nicht weiter abwandern.

Der hier vorgestellte Konflikt kreiste um das ‚Problem‘ der Trinkerszene, doch erst mit der Kategorie der Fremdheit („die Osteuropäer, die nicht von hier sind“) dynamisierte er sich und erreichte dadurch eine neue Eskalationsstufe. Es war für uns deutlich zu erkennen, wie von den beschwerdeführenden Anwohnern eigene Ängste an „den Osteuropäern“ festgemacht wurden, was unter anderem damit zu tun hatte, dass sie als eine homogene bedrohliche Einheit wahrgenommen wurden. Die ‚Fremdheit‘ der Trinkerszene steigert dabei das eigene Gefühl, als Anwohner des Platzes aus dem öffentlichen städtischen Raum verdrängt worden zu sein. Verständigung war nicht nur in sprachlicher Hinsicht undenkbar. Und so spitzte sich der Wunsch nach Ausgrenzung der Trinkerszene in der Forderung etlicher Anwohner zu, die Polizei solle die Trinker deportieren.

Komplexere Dimensionen geraten dabei aus dem Blick. So wird der Konflikt um die Trinkerszene zu einem Problem, das kurzfristig und schnell lösbar erscheint. Aber was in diesem Zusammenhang noch wichtiger ist: Es wird erst gar nicht in Erwägung gezogen, dass die Trinker größtenteils selbst Bewohner des Kiezes sein könnten. Wie wir feststellen konnten, wohnten einige von ihnen sogar länger im Kiez als manche der beschwerdeführenden Anwohner. Und schließlich geriet in der Problemsicht der Anwohner außer Acht, dass die Trinkerszene kein ‚neues‘ Problem ist, sondern als Phänomen zur Sozialgeschichte dieses spezifischen Platzes gehört.

Was machen Mediatoren in solchen Konfliktfällen?

Was sind die ethischen Grundsätze der Mediation, die im Beispiel unseres Großgruppenkonflikts wirksam geworden sind? Handlungsweisend waren für uns folgende Aspekte:

- Mediation ist partizipatorisch: Alle am Konflikt beteiligten Personen/Gruppen werden als gleichberechtigte Parteien in die Mediation einbezogen, in unserem Fall also selbstverständlich auch die Trinker.
- Mediation ist pluralistisch: Es werden möglichst viele verschiedene Perspektiven auf den Konflikt zugelassen und ausgelotet; keine Sichtweise dominiert eine andere. In unserem Fall haben wir neben den beschwerdeführenden AnwohnerInnen und den Trinkern auch andere Anwohnergruppen mit ihren jeweiligen Sichtweisen einbezogen.
- Mediation baut auf Eigenverantwortung und Autonomie: Die Konfliktparteien werden als selbstverantwortliche Akteure betrachtet;

Lösungsfindungen können also *nicht* delegiert werden. In unserem Fall bedeutet das: Es kann keinen ‚starken Staat‘ geben, der die Trinkerszene vom Platz vertreibt.

- Mediation ist dialogisch: Sie ermöglicht den Teilnehmern, dass sie bestimmte Werte wie Würde, Bereitschaft zur Verständigung und Verhandlung, Fairness und Respekt im Dialog realisieren können. In unserem Fall bedeutete dies, dass nicht über Personen an sich verhandelt wurde, sondern ausschließlich über die *Verhaltensweisen* von Personen.
- Mediation basiert auf Allparteilichkeit: Sie nimmt die Sichtweisen aller Konfliktpartner als gleichberechtigt wahr. In unserem Fall war das im Umgang mit der Trinkerszene, aber auch mit einigen kompromisslosen VertreterInnen der Bürgerinitiative nicht immer einfach umzusetzen.
- Mediation beruht auf Vertraulichkeit: Vertrauensschutz ist ein Grundelement der Mediation. MediatorInnen sind während und nach dem Mediationsverfahren zur Vertraulichkeit verpflichtet.¹¹⁵

Was bedeuteten diese Prinzipien für das methodische Vorgehen in unserer Großgruppenmediation, und was haben wir damit bewirkt?

‚Partizipatorisch‘ hieß für uns, Kontakt zu den Trinkern aufzubauen und *mit* ihnen zu reden, anstatt nur *über* sie zu reden. Das mag zunächst trivial klingen, war im konkreten Kontext unserer Großgruppenmediation aber keinesfalls selbstverständlich, denn zuvor hatte niemand mit der Trinkerszene gesprochen. Im Grunde sind wir anfangs also wie Ethnologen vorgegangen: Wir haben die Trinker über einen längeren Zeitraum ‚teilnehmend beobachtet‘¹¹⁶, also Kontakt und Vertrauen aufgebaut und mit ihnen informelle Gespräche geführt. Dabei haben wir natürlich nicht ‚verdeckt‘ gearbeitet, sondern unsere Rolle als MediatorInnen offen gelegt. Dies bedeutete auch, dass wir die Trinker über die Beschwerden der Anwohner informierten, wodurch ein Element der so genannten Pendelmediation zum Tragen kam: In Konflikten, bei denen es zum Abbruch der Kommunikation gekommen ist oder zunächst keine Verständigung möglich erscheint, ‚pendeln‘ Mediatoren zwischen den Konfliktparteien hin und her, wobei sie die jeweils andere Position übermitteln. In unserem Fall lautete die Botschaft

¹¹⁵ In Österreich, wo es ein Mediationsgesetz (Ziv.MediatG vom 6. Juni 2003) gibt, kann ein Bruch der Vertraulichkeit strafrechtlich geahndet werden.

¹¹⁶ Teilnehmende Beobachtung (TB) bezeichnet einen zentralen Aspekt der feldforschenden Methode in der Ethnologie und empirischen Kulturwissenschaft. TB gilt dabei als methodische Voraussetzung, um Erkenntnisse über das Handeln und Verhalten von Menschen zu gewinnen. Sie setzt zum einen die persönliche Teilnahme der ForscherIn am Leben der Beforschten voraus und zum anderen eine beobachtende Distanz, die nötig ist, um diese Erfahrungen (wissenschaftlich) zu reflektieren.

an die Trinkerszene sinngemäß: „Es gibt Anwohner, die haben diese und jene Probleme mit euch“.

In den rund 20 Gesprächen, die wir mit Mitgliedern der Trinkerszene auf dem Platz geführt haben, wurde schnell deutlich, dass sie eine sehr heterogene Gruppe sind. Heterogen waren sie zum einen hinsichtlich ihrer sozialen Situation: Nicht alle waren arbeitslos oder Hartz IV-Empfänger; manche kommen zum Feierabend oder am Wochenende hinzu. Als heterogen erwies sich die Trinkerszene aber auch in Hinblick auf Nationalitäten und lokale Verortungen: Sie setzte sich unter anderem zusammen aus durchreisenden portugiesischen und spanischen Montagearbeitern, arbeitslosen Bauarbeitern aus Polen, albanischen Flüchtlingen, einem Schwarzafrikaner, der seit 10 Jahren im Kiez lebt, und einigen alteingesessenen Deutschen, die den Platz als ihr „zweites Wohnzimmer“ bezeichneten. Obdachlose waren nicht dabei.

Entscheidend an diesem Befund ist: Die Annahme der Anwohner des Platzes, dass es sich bei der Trinkerszene um eine homogene Gruppe von ‚Fremden‘ handelt, erwies sich als falsch, denn die meisten Mitglieder der Trinkerszene lebten selbst am Platz, waren ehemalige Kiezbewohner oder kamen aus dem Nachbarkiez. Nach eigenen Aussagen geht es bei ihren Treffen um Geselligkeit und freundschaftlichen Austausch. Es werden allerdings auch Abgrenzungen untereinander vorgenommen: So treffen sich die alteingesessenen Trinker deutscher Herkunft eher im südlichen Teil des Platzes, die Gruppen nichtdeutscher Herkunft eher im nördlichen Teil. Es gibt dabei ‚Springer‘, die zwischen den Gruppen hin- und herwechseln, aber auch Mitglieder, die sich über extremere politische Positionen von der jeweils anderen Gruppe abgrenzen. Und es gibt eine lange Tradition von ‚Armutskulturen‘ auf dem Platz, die ins 19. Jahrhundert hineinreicht, also nicht erst durch Hartz IV oder Zuwanderung erzeugt wurde.

Als MediatorInnen haben wir im ersten Schritt also nichts anderes gemacht, als ethnographisches Wissen über die Trinkerszene zu gewinnen. Im zweiten Schritt ging es darum, etwas von diesem Wissen an die andere Konfliktpartei – die beschwerdeführenden Anwohner – zurückzuspiegeln. Dabei ging es darum, Vorurteile in Frage zu stellen und eine differenziertere soziale Wahrnehmung herzustellen, oder anders gesagt, um eine ‚Übersetzungsarbeit‘ zwischen nachbarschaftlichen Gruppen, die nicht (mehr) miteinander kommunizieren.

Was haben wir als MediatorInnen also gemacht? Ich benenne die mediativen Verfahren noch einmal am konkreten Beispiel:

- Heterogenität ausloten, damit ‚die Trinker‘ als Individuen erkennbar werden, denn nur mit Individuen kann man über Regeln verhandeln
- ‚Fremdheit‘ relativieren, das heißt kenntlich machen, dass die meisten Trinker auch Anwohner sind, also Teil der lokalen Gemeinschaft

- Sinnwelten und Sichtweisen verstehen, also die lebensweltliche Bedeutung, die der Platz (auch) für die Trinker hat, ausloten
- die Perspektive der beschwerdeführenden AnwohnerInnen an die Trinker' vermitteln
- Ausloten, ob es ein Problembewusstsein auch auf Seiten der Trinker gibt und welche Lösungsoptionen sie eventuell selbst haben
- Die Bereitschaft in der Trinkerszene erfragen, sich mit den anderen Anwohnern über Streitpunkte zu verständigen und gemeinsam zu einer Lösung des Konflikts zu kommen

Soweit zu unserem Vorgehen als MediatorInnen in Bezug auf die eine Seite der Konfliktparteien. Damit komme ich, etwas weniger ausführlich, zur anderen Seite des Konfliktes, also zu denjenigen AnwohnerInnen des Platzes, die nicht zur Trinkerszene gehören. Wie sind wir in Bezug auf diese Personengruppe vorgegangen und was haben wir bewirkt? Und wie werden Konflikte in der (bzw. durch die) Mediation strukturiert, damit sie konstruktiv bearbeitet werden können? In der klassischen Mediation, die von zwei Streitparteien ausgeht, sind dafür bestimmte Verfahrensschritte vorgesehen. Diese blieben auch in unserer Großgruppenmediation wichtig.

Zu Beginn führten wir mehrstündige Gespräche mit den zentralen Akteuren der Bürgerinitiative. Um deeskalierend zu wirken, gaben wir ihnen dabei zunächst die Gelegenheit, ihren Ärger und ihre Problemsicht auf die Trinkerszene zu artikulieren. Was genau sind ihre Kritikpunkte und worin liegen sie begründet? Auch wollten wir mehr über ihren biographischen Hintergrund und die Motive ihres Engagements am Platz wissen. Als Einstiegsfrage wählten wir: „Können Sie sich erinnern, wann für Sie die Probleme mit den Trinkern auf dem Platz anfangen?“ In diesen Gesprächen ging es darum, eine verstehende Sichtweise zu entwickeln, die der persönlichen Bedeutung des Konflikts für die Beteiligten auf die Spur kommt.

Allgemein gesprochen stand in dieser Phase unserer Großgruppenmediation, die gewissermaßen das Kernstück der klassischen Mediation darstellt, die Bearbeitung der Konfliktfelder im Vordergrund. Dabei wurden die für die Konfliktparteien relevanten Handlungsmotive, Interessen, Bedürfnisse, Werthaltungen und Weltbilder systematisch ergründet. Außerdem versuchten wir in dieser Phase, bei den Beteiligten ein Verständnis der unterschiedlichen Sichtweisen und gegebenenfalls einen Perspektivenwechsel zu ermöglichen.

Im nächsten Schritt erfragten wir Vorstellungen und Visionen, wie der Platz in Zukunft aussehen könnte und was bei zukünftigen sozialen Nutzungsformen des Platzes für den jeweiligen Gesprächspartner persönlich wichtig wäre. Damit kam ein zentrales mediatives Prinzip zur Geltung: Mediation ist keine Vergangenheitsbewältigung, sondern Zukunftsgestaltung.

Und schließlich regten wir unsere Gesprächspartner dazu an, über Lösungsmöglichkeiten des Konflikts und die eigene Mitwirkung daran nachzudenken.

Ein konkretes Beispiel unseres mediativen Vorgehens: Frau M. gehörte zu den Hardlinerinnen unter den beschwerdeführenden Anwohnern. Als wir sie zum ersten Mal trafen, war ihre Position zunächst kompromisslos und eindeutig: Die Trinkerszene soll weg und auf dem Platz soll ein Alkoholverbot eingeführt werden. Immerhin seien ihre Kinder vom Spielplatz vertrieben worden. Außerdem seien befreundete Familien mit Kindern weggezogen, und es bestehe die Gefahr, dass die Präsenz der Trinkerszene junge Menschen zum Alkoholkonsum verleiten würde. Aber auch insgesamt sei doch fraglos, dass sich Trinken in der Öffentlichkeit „nicht gehört“. Auffällig ist hier, dass ihre Beschwerden gegen die Trinkerszene also in eine Klage über den allgemeinen Werteverfall in der Gesellschaft mündeten. Doch im Verlauf des Gesprächs fiel uns Mediatoren auch auf, dass Frau M. nach und nach eine bemerkenswerte Reflexivität entwickelte, die sie selbst wie folgt thematisierte: „Mein erster Gedanke war, die Trinker müssen hier weg, aber dann habe ich gelernt, wie die Sicht der anderen ist. Die Trinker haben genauso das Recht, hier zu sein. Jetzt will ich sie nicht mehr wegbeamten“. Im Laufe des Gesprächs hatte sich die kompromisslose Position, die Frau M. anfangs vertrat, also langsam aufgelöst. Am Ende empfand sie sogar eine gewisse Empathie für die Trinker und entwickelte eigene Ideen zu Ansätzen der Konfliktlösung. Als wir sie das nächste Mal trafen, kannte sie einige Mitglieder der Trinkerszene sogar mit Namen.

Dieses Beispiel kann Anlass zu Überlegungen darüber geben, wie MediatorInnen derartige Gespräche führen? Dabei muss zunächst betont werden, dass sie weder argumentieren und diskutieren, noch die Konfliktparteien kritisieren oder überzeugen sollten. Vielmehr enthalten sie sich eigener Bewertungen. Aber was machen sie dann? Sie verfügen über andere Methoden, mit denen sie auf der Metaebene in gestörte Kommunikationsprozesse eingreifen: MediatorInnen irritieren, machen neugierig, evozieren Bewegung durch unerwartete Impulse. In diesem Sinne nutzen sie spezifisch mediative Arten des Fragens, in denen überraschende, zirkuläre, raumschaffende, informationserzeugende, phantasieanregende, lösungsorientierte, und reflexive Frageimpulse zum Tragen kommen.¹¹⁷ Wichtig ist dabei, dass in der Mediation kommunikative Formen und Methoden angewandt werden, die Konflikte transformieren: von verhärteten Positionen des ‚entweder – oder‘ in ermöglichende Haltungen des ‚sowohl – als auch‘.¹¹⁸

Zurück zu der hier vorgestellten Großgruppenmediation. Im Verlauf unserer mediativen Tätigkeit haben wir nicht nur mit den beschwerdeführenden AnwohnerInnen Gespräche geführt, sondern auch mit anderen Anwohner-

¹¹⁷ Vgl. Duss-von-Werdt 2008, S. 54.

¹¹⁸ Ebd, S. 64.

gruppen, um möglichst viele verschiedene Sichtweisen auf das Trinkerproblem auf dem Platz auszuloten. Auch hier kamen die oben erwähnten partizipatorischen und pluralistischen Prinzipien der Mediation zum Tragen. In diesen Gesprächen wurde offensichtlich, dass es AnwohnerInnen des Platzes gab, die sich von der Trinkerszene nicht betroffen fühlten, sehr wohl aber von Jugendlichen, die sich ebenfalls auf dem Platz aufhielten und die sie als gewalttätig einschätzten. Und schließlich waren unter den AnwohnerInnen auch solche, die sich mit der Trinkerszene solidarisch fühlten und diese als Teil der Gemeinschaft am Platz betrachten: „Die gehören halt zum Stadtteil dazu, wir leben ja schließlich nicht im Nobelviertel.“

Um das Bild zu vervollständigen, vor allem aber auch, um einige strukturelle Ebenen des Konflikts in den Mediationsprozess einzubeziehen, führten wir zuletzt Gespräche mit Gewerbetreibenden, Hausbesitzern und Hausverwaltungen rund um den Platz. Wenn es um Fragen der Sozialstruktur in so genannten ‚Brennpunktquartieren‘ geht, sind Wohnungsbaugesellschaften und deren Mietpolitik sehr wichtig.

In diesem Zusammenhang wurde uns auch die spezifische sozialpolitische bzw. -historische Dimension des Konfliktgeschehens bewusst: Der im Zentrum des Konflikts stehende Platz war von Seiten der staatlichen Behörden jahrzehntelang vernachlässigt worden. Von den 1960ern bis Ende der 1980er Jahre wurde bei der Sanierung dieses Wohngebiets auch die Zerstörung der sozialen Strukturen in Kauf genommen. Die Bewohner der Häuser (darunter die erste Generation der türkischen ‚Gastarbeiter‘) wurden dabei als sozial rückständig denunziert, und es war offiziell die Rede vom „gesellschaftlichen Verfall der Bevölkerung hinter abgewirtschafteter Fassade“ (Berlins Baudirektor 1960)¹¹⁹. Diese ‚Tradition‘ der Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsteile in städtischen Problemquartieren kann hier nur angedeutet werden.

Großgruppenmediationen wie die hier beschriebene stellen langwierige Prozesse dar, die der kurzfristigen Projektlogik von Quartiersmanagements und staatlich aufgelegten Programmen wie „Soziale Stadt“¹²⁰ widersprechen. Es geht in ihnen nämlich um pluralistische soziale Aushandlungen auf der Suche nach einer Konfliktlösung, für deren Entwicklung man Zeit braucht.

Unsere Großgruppenmediation in Berlin ist zum Zeitpunkt, wo ich dies schreibe, noch nicht abgeschlossen. Doch schon jetzt ist klar, dass am Ende des Mediationsprozesses eine gemeinsame Zusammenkunft stehen soll, in

¹¹⁹ Zitiert nach einer vom zuständigen Quartiersmanagement veröffentlichten Broschüre zur Sozial- und Baugeschichte des Platzes.

¹²⁰ Das auf Bundesebene angesiedelte Programm „Soziale Stadt“ zielt darauf ab, die BewohnerInnen sozial abgewerteter Stadtteile zu aktivieren und sich für den eigenen Stadtteil zu engagieren. Das Quartiersmanagement (QM) ist ein zentrales Instrument dieser sozialorientierten Stadtentwicklung.

der Anwohner und die Trinkerszene Regeln im Umgang mit Konflikten gemeinsam aushandeln. Ein vergleichbares Verfahren war in Zürich angewandt worden: Dort hatte es einen jahrelangen Konflikt zwischen Punks und Gewerbetreibenden um die Nutzung eines öffentlichen Platzes gegeben.¹²¹ Nach einer Großgruppenmediation benannten die jeweiligen Konfliktparteien Vertreter, die auf die Einhaltung der vereinbarten Regeln achten würden. Bis heute scheint das Nebeneinander der verschiedenen Nutzergruppen des Platzes zu funktionieren.

Damit komme ich – über das konkrete Fallbeispiel hinaus – darauf zurück, was Gemeinwesenmediation ist und welche Aufgaben sie in Quartieren wie dem hier beschriebenen wahrnehmen kann.

Gemeinwesenmediation ist ein zivilgesellschaftlich orientiertes Verfahren, das BürgerInnen dazu befähigen soll, die in ihrer sozialen Nahwelt auftretenden Konflikte „kooperativ und konsensorientiert“ zu bearbeiten.¹²² Grundsätzlich wird dabei von der Autonomie der Konfliktparteien ausgegangen, die die Verantwortung für die Lösung ihrer Konflikte selbst übernehmen (können), statt sie an Außenstehende zu delegieren. Insgesamt geht es darum, die soziale Beteiligung an Konflikten und die Verantwortung der einzelnen Bewohner eines Quartiers zu fördern sowie Integration, aber auch eine gewisse soziale Kontrolle der lokalen Gemeinschaft zu stärken. Letztlich soll sich also eine Kultur konstruktiver Konfliktlösungsstrategien in der unmittelbaren sozialen Nahwelt etablieren.¹²³

In den USA bildete sich die Gemeinwesenmediation bereits in den 1930er Jahren unter dem Namen „Alternative Dispute Resolution“ als eine soziale Bewegung heraus, die sich als Alternative zu klassischen Gerichtsverfahren verstand. In den 1970er Jahren wurde Mediation in den so genannten „Neighbourhood Justice Centers“ eingesetzt und fortentwickelt, um möglichst vielen und besonders den unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen, die sich eine anwaltschaftliche Vertretung nicht leisten können, einen gleichwertigen Zugang zu außergerichtlichen Konfliktregelungen zu verschaffen.¹²⁴ Zu den Vorteilen von Mediation gehört dabei, dass sie ‚niedrigschwellig‘ ist und Kommunikationsstrukturen sowie soziale Vernetzung fördert. Sie kann als Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren eingesetzt werden, wie in unserem Fall deeskalierend und vermittelnd wirken, aber auch als gezielte Intervention gegen soziale Spannungen und Dissozialität eingesetzt werden. Und

¹²¹ Vgl. Lukas Hohler (o. J.): Prozessorientierte Konfliktarbeit (worldwork) im öffentlichen Raum: Theorie und ein Fallbeispiel aus der Stadt Zürich (www.change facilitation.ch).

¹²² Vgl. Olaf Schulz in diesem Band.

¹²³ Vgl. Winter 2005, S. 27. Zur Gemeinwesen- und Stadtteilmediation in Deutschland siehe ausführlich Olaf Schulz in diesem Band.

¹²⁴ Vgl. Hedeon 2004; Della Noce 1997.

schließlich mindern Mediationen in urbanen Räumen den Eindruck, dass sich niemand um den gemeinschaftlichen Raum kümmert oder dass es gar rechtsfreie Räume gebe. Die Bewohnerschaft nimmt wahr, dass „etwas geschieht“.¹²⁵

Ethnologie und Mediation

Abschließend möchte ich – über den konkreten Fall hinaus – kurz einige Grundannahmen und methodischen Verfahren der Ethnologie/empirischen Kulturwissenschaft benennen, die produktiv in konfliktvermittelnde Verfahren wie die eben vorgestellte Großgruppenmediation eingebracht werden können.

In gesellschaftlichen Feldern, in denen ein Bedarf an Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten besteht, können die Ethno- und Kulturwissenschaften einen relevanten Beitrag leisten: Zum einen können sie methodische Impulse für die Mediation geben, wenn qualitative Methoden des ethnologisch-kulturwissenschaftlichen Kanons zur Anwendung kommen wie beispielsweise die oben beschriebene ‚teilnehmende Beobachtung‘ und erzählgenerierende, öffnende Interviewformen und Fragetechniken. Zum anderen liegen der ethnologischen Perspektive konzeptuelle Annahmen zugrunde, die mit Annahmen der Mediation ideal zusammenwirken, beispielsweise, wenn ein *nicht*-normatives Vorgehen und ein dialogischer, sozial-konstruktivistischer Ansatz vertreten wird. Demnach handeln Menschen ihre soziale Wirklichkeit (also auch ihre Konflikte) intersubjektiv (und in spezifischen sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontexten) aus.

Mit Blick auf Ethos und berufliche Praxis der beiden Felder kann daher gesagt werden, dass sich Ethnologie und Mediation fruchtbar ergänzen: Die Ethnologie vermittelt Wissen über (sub)kulturelle Welten, die nichts oder wenig voneinander wissen können oder wollen; die Mediation vermittelt die zwischen diesen Welten entstehenden Konflikte. Differenz wird dabei nicht nivelliert, sondern verstehend vermittelt. Und die Anerkennung von Unterschieden ist der erste Schritt, um Konflikte konstruktiv zu verhandeln.

Literaturverzeichnis

BECKER, Franziska / BINDER, Beate (2001): „Bühnen der Macht“. Stadtethnologische Perspektiven auf die Hauptstadtwerdung Berlins. In: Humboldt-Spektrum 3-4, S. 112-119.

BINDER, Beate (2002): Einleitung. Nahwelten – Zur Produktion von Lokalität in einer spätmodernen Stadt. In: Dies. (Hg.): Nahwelten. Tiergarten-Süd, Berlin. Ethnographische und ethnologische Beiträge, 28/2002 (Sonderheft).

¹²⁵ Vgl. Winter 2005, S. 27.

DELLA Noce, D. (1997): Mediation and Society in Microcosm: Providing Family Mediation Services to Low-Income Families. In: Mediation Quarterly 15/1, S. 5 ff.

DUSS-VON WERDT, Joseph (2008): Einführung in die Mediation. Heidelberg.

HÄUßERMANN, Hartmut (1997): Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse? In: Leviathan 17, S. 12-27.

HEDEEN, Timothy (2004): The Evolution and Evaluation of Community Mediation: Limited Research Suggests. Unlimited Progress. In: Conflict Resolution Quarterly, vol. 22, no. 1-2/Winter 2004, S. 101-133.

WINTER, Frank (2005): Soziale Mediation in städtischen Problemquartieren. In: Soziale Stadt info 18, S. 27-29.